



# : Generationengerechtigkeit und Demokratie

DR. MARCO FATFAT

**Der Begriff der Generationengerechtigkeit hat sich mittlerweile fest in der öffentlichen Diskussion etabliert. Die Fragen, Herausforderungen und Ziele, die unter diesem Schlagwort verhandelt werden, sind allerdings vielfältig und nicht immer leicht auseinanderzuhalten. Worum und um wen geht es konkret? Worin genau besteht die Ungerechtigkeit zwischen Generationen und was wäre zu tun, um dieser entgegenzuwirken? Mit diesem einführenden Beitrag sollen einige grundlegende Aspekte der Debatten um Generationengerechtigkeit in demokratischen Gesellschaften im Überblick beleuchtet werden.**

Allgemein gesprochen drehen sich die Auseinandersetzungen um Generationengerechtigkeit um die Frage, wie das Verhältnis zwischen unterschiedlichen Generationen – etwa, was die Verteilung von Rechten und Wohlstand betrifft – gerecht gestaltet werden kann. In der Philosophie macht man sich hierzu bereits seit den 1970er Jahren intensiver Gedanken. Im Fokus stehen dabei vor allem zukünftige Generationen, und damit Personen, die heute noch nicht leben und erst in einigen Jahren, Jahrzehnten oder gar noch später geboren werden. Diese Diskussionen reichen bis zu einer sehr grundsätzlichen Frage, die viele häufig erst einmal irritiert (und die im

weiteren Verlauf dieses Beitrags ausgeklammert wird): Inwiefern kann man spezifischen Personen, die erst noch geboren werden, überhaupt Unrecht tun? Wer sich dafür näher interessiert, wird im Internet unter dem Stichwort „Non-Identity-Problem“ schnell fündig.

Gesellschaftlich Fahrt aufgenommen haben die Diskussionen um Generationengerechtigkeit vor allem angesichts der enormen politischen Herausforderungen, die es mittel- und langfristig zu bewältigen gilt und die sich immer drängender stellen. Man denke zum einen an die Debatten um die Zukunft der Sozialversicherungssysteme,

die Sinnhaftigkeit von Schuldenbremsen und nötige Infrastrukturinvestitionen. Zum anderen sind selbstverständlich die erheblichen Auswirkungen und Risiken zu nennen, die mit dem menschengemachten Klimawandel und unserem Umgang mit der Natur und natürlichen Ressourcen verbunden sind. Forderungen nach Generationengerechtigkeit beziehen sich dabei selten ausschließlich auf zukünftige Generationen, sondern vor allem auch auf jene jungen Menschen, die heute bereits existieren.

### Gerechtigkeit zwischen Generationen

Auf die unterschiedlichen Kontexte und Gerechtigkeitsüberlegungen der Debatte kann an dieser Stelle nicht ausführlich eingegangen werden. Ein paar allgemeinere Hinweise sollten für eine erste Sortierung der Gerechtigkeitsfragen dennoch hilfreich sein.

Zunächst einmal sind erfreulicherweise wohl nur sehr wenige der Auffassung, dass es uns völlig egal sein sollte, wie es jüngeren und zukünftigen Generationen ergehen

*„Einsparungen, Einschränkungen oder Investitionen, zu denen wir heute nicht bereit sind, könnten eine umso größere Belastung für jüngere und nachfolgende Generationen bedeuten.“*



wird. Eine gemeinhin geteilte Mindestforderung der Gerechtigkeit dürfte daher lauten, dass wir so leben sollten, dass es nachfolgende Generationen einmal nicht oder zumindest nicht wesentlich schlechter haben. Dies findet konkreter seinen Ausdruck in Forderungen, wonach es auch ihnen möglich sein muss, wesentliche Bedürfnisse befriedigen zu können, ihre grundlegenden Rechte zu sichern und stabile politische Gemeinschaften zu bilden – um lediglich einige einflussreiche Schlagworte der Diskussionen aufzugreifen.

Ein Verstoß gegen diese Minimalforderung droht offensichtlich dann, wenn sich die Frage stellt, wie lebenswert und bewohnbar der Planet langfristig überhaupt noch sein wird. Solche Bedenken werden vor allem angesichts der globalen Erwärmung geäußert. Doch selbst wenn man diese existenziellen Sorgen außer Acht lässt, ergeben sich wichtige Fragen zur gerechten Verteilung der Lasten zwischen den Generationen bei der Bewältigung der verschiedenen Herausforderungen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang nicht zuletzt der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021. Darin wurde deutlich gemacht, dass die Verantwortung für die Minderung von Treibhausgasemissionen zur Erreichung der Klimaziele nicht übermäßig den Jüngeren und zukünftigen Generationen aufgebürdet werden darf. Zur Begründung wurde angeführt, dass ihre Freiheitsrechte andernfalls erheblich beeinträchtigt werden könnten, wenn sie in Zukunft zu besonders drastischen Emissionsreduktionen gezwungen wären.

In weniger zugespitzter Form lassen sich vergleichbare Fragen auch mit Blick auf die weiteren gesellschaftlichen Aufgaben stellen, die bereits angesprochen wurden und die es politisch zu lösen gilt: Einsparungen, Einschränkungen oder Investitionen, zu denen wir heute nicht bereit sind, könnten eine umso größere Belastung für jüngere und nachfolgende Generationen bedeuten.

### Demokratiethoretische Herausforderungen

Philosophisch kann man sich viele Gedanken darüber machen, wie eine wirklich gerechte Verteilung der Lasten aussehen würde und wem nun konkret welche Verantwortung zukommt. Am Ende müssen diese Fragen allerdings demokratisch ausgehandelt und entschieden werden – welche Rolle das Bundesverfassungsgericht dabei noch spielen wird, bleibt abzuwarten (eine weitere Verfassungsbeschwerde, die von den verantwortlichen Organisationen als „Zukunftsklage“ bezeichnet wird, wurde 2024 eingereicht).

In diesem Zusammenhang ist auf einen weiteren relevanten Diskussionspunkt in den Debatten um Generationengerechtigkeit hinzuweisen. Dabei geht es streng genommen allerdings weniger um Fragen der Gerechtigkeit, sondern vielmehr um Schief lagen, die sich aus demokratiethoretischer Perspektive mit Blick auf das Verhältnis zwischen den Generationen problematisieren lassen. Kurz zusammengefasst lassen sich diese wie folgt erläutern: Aufgrund demographischer und gesellschaft-

licher Machtverhältnisse ist es für junge Menschen besonders schwierig, sich im demokratischen Diskurs und bei politischen Entscheidungen angemessen Gehör zu verschaffen. Zu bedenken ist dabei ferner, dass viele junge Menschen heute noch nicht an der Wahlurne mitentscheiden können – ganz zu schweigen von zukünftigen Generationen. Zugleich werden junge Menschen aber besonders lang von den Entscheidungen betroffen sein, die heute gefällt werden (oder eben nicht).

Gewissermaßen „on top“ kommt die grundsätzliche Problematik, die in der politikwissenschaftlichen Diskussion unter den Begriffen „Presentism“ oder auch „Short-Termism“ diskutiert wird. Gemeint ist damit, dass demokratischen Gesellschaften eine gewisse Kurzsichtigkeit attestiert werden kann: Politisch werden eher Anliegen aufgegriffen, die näher in der Zukunft verortet sind und sich kurzfristig auszahlen, als solche, die zeitlich weiter entfernt sind und sich erst auf lange Sicht bezahlt machen. Als Gründe werden in diesem Zusammenhang beispielsweise die zeitlich überschaubaren Wahlzyklen und der Wunsch nach Wiederwahl diskutiert, die einen Anreiz darstellen, langfristige Herausforderungen und Aufgaben eher zurückzustellen. Einen hilfreichen Überblick über die wissenschaftliche Literatur hierzu bietet der Artikel „The Conditionality of Political Short-Termism: A Review of Empirical and Experimental Studies“ von Masakazu Ogami.

### Wo und wie ansetzen?

Dieser kurze Überblick sollte bereits gezeigt haben, dass die Herausforderungen vielfältig und komplex sind. Entsprechend müssen auch die Antworten differenziert gestaltet sein.

Um die soeben genannte grundsätzliche Herausforderung des „Short-Termism“ zu adressieren – darauf weist etwa der Philosoph Simon Caney in seinem Beitrag „Democratic Reform, Intergenerational Justice and the Challenges of the Long-Term“ hin –, wird es zunächst darauf ankommen, die zugrundeliegenden Ursachen noch genauer zu verstehen und diese daraufhin gezielt anzugehen. Dies umfasst für Caney die bereits angedeuteten strukturellen Ursachen des politischen Systems. Darüber hinaus macht er auf Hürden aufmerksam, die in der menschlichen Psychologie begründet liegen. Konkreter nennt er u.a. den Umstand, dass es Menschen schwer zu fallen scheint, Probleme ernst zu nehmen und anzugehen, die sich nur sehr langsam entwickeln und relativ abstrakt sind.

Was eine stärkere Berücksichtigung der Interessen und Perspektiven der heute schon existierenden jungen Menschen angeht, ist eine Forderung immer wieder zu vernehmen: Junge Menschen müssen auf allen Ebenen angemessen und sinnvoll beteiligt werden und ihre Mitbestimmung muss – nicht zuletzt durch innovative Beteiligungsformate – gestärkt werden.

Ein in gewisser Hinsicht schärferes Schwert zur Stärkung der Stimme junger Menschen wäre zudem die konse-

quente Senkung des Wahlalters. Moderate und mittlerweile in der gesellschaftlichen Diskussion etablierte Vorschläge lauten, das Alter auf 15 oder 16 Jahre zu senken; andere gehen noch weiter. Bislang kaum verbreitet und zweifellos kontroverser sind Vorschläge, die darauf zielen, die Stimme bei Wahlen mit einem unterschiedlichen Gewicht zu versehen, je nachdem, in welchem Maße Bürger\_innen von den Entscheidungen betroffen sein werden. Jüngere Menschen, die besonders lang von den Entscheidungen betroffen sein werden, könnten dadurch ein größeres Stimmgewicht erhalten. Für einen solchen Vorschlag hat vor Kurzem der Philosoph Kim Angell in seinem Beitrag „Should We Increase Young People’s Voting Power?“ unter Bezugnahme auf weithin akzeptierte demokratietheoretische Prinzipien argumentiert.

Zur stärkeren Berücksichtigung zukünftiger Generationen und zukunftsrelevanter Fragen im politischen Diskurs und in Parlamenten werden seit einigen Jahrzehnten unterschiedliche Vorschläge diskutiert, von denen manche auf nationalstaatlicher Ebene auch (zeitweise) schon umgesetzt wurden. Diese zielen in der Regel auf eine institutionelle Repräsentation der Interessen zukünftiger Generationen in Politik und Verwaltung, etwa durch die Einrichtung von Ausschüssen, Beiräten oder Ombudspersonen. Je nach Ausgestaltung können diese eher beratende Funktionen erfüllen oder mit weitreichenderen Kompetenzen ausgestattet sein – bis hin zu gewissen Veto-Rechten, um etwa bestimmte Gesetzesvorhaben vorläufig auszusetzen.

### Grenzen des Diskurses um Generationengerechtigkeit

Abschließend sollte einschränkend ein wichtiger Punkt hinsichtlich des Diskurses zur Generationengerechtigkeit nicht unerwähnt bleiben: Auch wenn junge und zukünftige Generationen durch bestimmte demokratische Ungleichgewichte und drängende Herausforderungen verbunden sein mögen, werden diese individuell betrachtet aufgrund ihrer unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionierung doch sehr unterschiedlich von den Folgen unseres (Nicht-)Tuns betroffen sein. Aus gerechtigkeits-theoretischer Perspektive sollten dabei immer jene Personen im Fokus stehen, die besonders benachteiligt oder verwundbar sind – und dies gilt insbesondere auch über Alters- und Staatsgrenzen hinweg. Nimmt man dies ernst, dürften sich zudem die wesentlichen Fragen zur Beseitigung von Ungerechtigkeiten nicht entlang der Generationenzugehörigkeit, sondern anderer Ungleichheits- und Konfliktachsen stellen – Achsen, die der Diskurs um Generationengerechtigkeit im schlimmsten Fall verschleiert.

#### DR. MARCO FATFAT

ist Referent für politische Bildung beim Hessischen Jugendring.

fatfat@hessischer-jugendring.de